

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Oberdeutsche Zeitung. 1841-1843 1841**

333 (2.12.1841)

Die Oberdeutsche Zeitung erscheint täglich, und wird in Karlsruhe als Nebenblatt ausgegeben. Der jährliche Abonnementspreis beträgt 6 fl., wovon bei dem Bezug durch die Post noch die Speditiongebühren kommen. Man abonnirt in Karlsruhe bei der Expedition des Blattes (Ob. Braunschweigstr. 10.), für außerhalb bei den betreffenden Postämtern.

Die großherzogliche Oberpostamt-Zeitungspedition in Karlsruhe hat die Hauptredaktion übernommen. Für Frankreich abonnirt man bei Herrn Alexander, Brunnengasse Nr. 25, in Straßburg. Intercite aller Art werden aufgenommen und der Name einer dreispaltigen Zeitspalt mit 3 fr. (bei dem zweiten und jedem folgenden Abdruck mit 2 fr.) berechnet.

# Oberdeutsche Zeitung.

Karlsruhe.

Donnerstag, 2. Dezember

1841.

## Deutschland.

Von dem Fränkischen Kurier ist uns heute (1. Dezember) wieder eine Nummer gekommen, so daß die Hindernisse, welche dem Erscheinen des Blattes im Wege standen, als gehoben angesehen sind.

Der Fränkische Kurier selbst erklärt sich bei diesem Anlaß, wie folgt:

Da wir heute nach achtzägiger Unterbrechung den Fränkischen Kurier wieder erscheinen lassen, so glauben wir denselben einige wenige Worte voranzuschicken zu müssen. Ohne hier auf eine Erörterung einzugehen, ob wir Recht oder Unrecht daran gethan, unser Blatt nicht erscheinen lassen zu wollen, beschränken wir uns auf die Bemerkung, daß manche der über unsere Gründe (theilweise sehr geflüßelt) in Umlauf gesetzte Versionen nicht nur auf grundlosen Vermuthungen, sondern auch auf böswilligen Erfindungen und Spekulationen beruhen. Dagegen können wir nicht umhin, unserm Publikum den aufrichtigsten Dank für die warme Theilnahme auszudrücken, welche man uns schon auf die bloße Nachricht des Nichterscheinens des Fränkischen Kuriers nicht nur hier bewiesen, sondern auch außerhalb Würzburgs und selbst von andern deutschen Ländern her, theilweise selbst durch verschiedene sehr freundliche Anerbietungen, bewährt hat. Diese Erfahrungen haben uns überreichlich für das allerdings nie von uns geachtete, noch je zu achtende Geschrei Solcher entschädigt, die stets, schon seit seinem ersten Auftreten, die Gegner unseres Blattes gewesen sind, nicht sowohl aus Grundrügen, als aus moderner Grundlosigkeit, die aber keine „öffentliche Meinung“ konstituiert.

Die Frankfurter Ober-Postamt-Zeitung, welche in der jüngsten Zeit fleißig die Artikel kopirt hatte, die von Hamburg, von Hannover, und von Köln aus, sey es in holländischem oder in englischem Sinn, sey es direkt gegen den deutschen Zollverein, erschienen waren, spricht sich nun in entgegengesetzter Richtung aus, vermittelt nachstehenden eigenen Artikels:

Es ist nicht zu verkennen, daß Deutschland gegenwärtig in einer neuen Entwicklungsperiode sich befindet. Das Bedürfnis von der Nothwendigkeit der Einheit des deutschen Volkes hat alle Stämme und Kreise der Nation durchdrungen. Man ist allgemein zu der Einsicht gelangt, daß ohne Einheit kein Heil für Deutschland zu erwarten ist, daß ohne dieselbe man der Grundbedingung alles Wohlstandes, aller Macht und politischen Bedeutung entbehrt. Es liegt am Tage, daß in der jüngsten Zeit auch Vieles geschehen ist, das mächtig dazu beigetragen hat, manche der sonst bestandenen Störungen der Einheit zu beseitigen, und eine Belebung der Nationalgesinnung herbeizuführen. Man sagt die allgemeinen Interessen der Nation mehr ins Auge, und ordnet ihnen die Sonderinteressen der einzelnen Staaten unter; man gibt den konfessionellen Streitigkeiten keine Nahrung mehr, und ist eifrig bedacht, sie auszugleichen; man sucht die einzelnen Glieder des deutschen Staatenbundes in einen lebendigen Zusammenhang mit einander zu bringen, und fängt an, den durch Zeit und Umstände gebotenen Fortschritten im politischen Leben sich nicht widerstrebend entgegen zu stellen.

Einen höchst erfreulichen Beweis von der Eintracht und Uebereinstimmung der Bundesregierungen unter einander geben die jüngst abgehaltenen Inspektionen der Bundesstruppen und der Militäreinrichtungen. Oesterreich leuchtete mit dem schönsten Beispiel voran, darin keine Vereinträchtigung in seinen Souveränitätsrechten zu sehen, wenn es der Bundeskommission seine Truppen

zur Musterung vorführte, wenn es ihr seine Zeughäuser öffnete, und sie seine sonstigen Militärdepots und Etablissemens besichtigten ließ. Durch solche genaue, regelmäßige Inspektionen werden etwaige Mängel und Mißstände leicht aufgefunden und beseitigt, und eine größere Gleichförmigkeit in der Bewaffnung und andern Militäreinrichtungen, wie auch eine vollkommenere Uebereinstimmung in der Kriegsausbildung der einzelnen Bundeskorps wird immer mehr herbeigeführt werden. So wird Deutschland auch in der Friedenszeit nicht erschaffen, und jeder auch noch so unerwartete Krieg, der seine Sicherheit oder seine Integrität bedroht, wird es nicht ungerüstet überraschen.

Preußen, welches das hohe Verdienst hat, durch den Zollverein zuerst den Anstoß zur größern Konsolidirung Deutschlands und zur Hervorrufung eines lebendigen Nationalbewußtseyns gegeben zu haben, fährt fort, das begonnene Werk mit allem Eifer, und selbst mit manchen Opfern, weiter zu fördern. Möchten endlich die Hindernisse glücklich beseitigt werden, welche Oesterreich bisher abhielten, sich dem deutschen Zollverein, der schon mehr als eine Zoll- und Handelsvereinigung geworden ist, anzuschließen! Man ist von alten Zeiten her gewöhnt, die Kraft und den Kern Deutschlands in Oesterreich zu erblicken. Seine Stellung zu den übrigen Bundesstaaten weist es darauf hin, sich nicht von den materiellen Interessen Deutschlands zu entfernen. Von dem Tage an, wo Oesterreich mit seinen deutschen Erblanden dem deutschen Zollverein beitrete, wird er die Bedeutung eines deutschen Bundesvereines erhalten. Gewiß haben triftige Gründe obgewaltet, weshalb das so umflüchtige österreiche Kabinett, die eigenthümlichen Landesinteressen berücksichtigend, namentlich die Industrie und Monopole, bis jetzt ein besonderes Mauthsystem für durchaus nothwendig erachtet hat, wenn die Landesinteressen nicht allzusehr benachtheiligt werden sollten. Dennoch gehört der Anschluß der deutschen Erblande Oesterreichs an den deutschen Zollverein in der nächsten Zukunft nicht zu den unwahrscheinlichen Ereignissen. Sollte es nicht möglich seyn, daß bei freundschaftlichem Entgegenkommen und gegenseitigem Akkommodiren der Regierungen das österreiche und das preussische Mauthsystem in Eines verschmolzen würden, ohne daß Oesterreich dabei verlöre? Das Kabinett des größten der deutschen Bundesstaaten hat in neuester Zeit mehrfache Beweise gegeben, wie sehr ihm die nationale Entwicklung Deutschlands zur Einheit, seine Kräftigung, und die Vermehrung seines Wohlstandes am Herzen liegt. Man darf sich daher der Hoffnung hingeben, daß Oesterreich, eben so wohl in Erwägung seiner eigenen Interessen, wie auch in Betracht der Beförderung der nationalen Einheit Deutschlands, denselben sich immer auch in Hinsicht des Handels anschließen, und durch seinen Beitritt dem deutschen Zollverein den rechten Schlüsselstein und die wahre Stärke und politische Bedeutung geben wird. Daß die an die Nord- und Ostsee gränzenden deutschen Staaten, welche bisher in der Isolirung Vortheile suchten und fanden, dann noch die Wahl haben, sich dem Zollverein anzuschließen oder nicht, möchte in Frage zu stellen seyn. Denn ein Bundes-Zollverein würde es jedem Bundesstaat zur Bundespflicht machen, beizutreten, wenn auch nicht schon die materiellen Interessen dazu aufforderten. Schon jetzt, nachdem der Anschluß des Herzogthums Braunschweig entschieden ist, sieht das hannoversche Kabinett die Nothwendigkeit ein, sich dem Zollverein zu nähern. Werden dann Oldenburg, Mecklenburg, und die Hansestädte zurückbleiben können? Wird nicht ihr eigener Vortheil es gebieterisch erheischen, zu dem Verein zu gehören, um an deutscher Schifffahrt, an deutschem Handel Antheil nehmen zu können?

Es hat in neuester Zeit kein Vorfall in Deutschland so großes Aufsehen erregt, so allgemeine Entrüstung hervorger-

rufen, als die Verweigerung der Ratifikation des Vertrags wegen des Beitritts von Luxemburg zum deutschen Zollverein, welche der König von Holland gerade in dem Augenblick erklärte, als die Vereinststaaten bereits den Vertrag ratifiziert hatten. Diese Verweigerung der Ratifikation kann selbst nicht einmal von den holländischen Blättern genügend gerechtfertigt werden, indem sie zugeben, daß man sich anfangs in einem Irrthum befunden habe, wo man sich doch hätte unterrichten können. Da in Deutschland ohnehin schon eine große Mißstimmung gegen Holland besteht, weil dasselbe erst vor kurzem der deutschen Schifffahrt und dem deutschen Handel auf dem Rhein mancherlei Hemmnisse in den Weg gelegt, und die unbegründeten Forderungen gestellt hat, so mußte der neueste Vorfall eine nicht gewöhnliche Entrüstung und Erbitterung gegen Holland unter den Deutschen hervorrufen, wie aus der deutschen Tagespresse sichtlich wahrgenommen werden kann. Man fordert von vielen Seiten zum kräftigen und entschiedenen Handeln gegen Holland auf. Offenbar hat Deutschland bei früheren Streitigkeiten mit den Holländern aus Rücksicht auf gutes nachbarliches Einverständnis zu große Nachgiebigkeit gezeigt, so daß jene leicht zu dem Wahne verleitet werden konnten, man dürfe sich Manches ungestraft gegen Deutschland erlauben. Die Würde unsers Vaterlandes verlangt es aber, nunmehr mit aller Kraft und allem Eusse die deutschen Interessen zu wahren, und keine fremden Eingriffe in dieselben zu dulden.

Neben den materiellen Interessen ist Nichts so sehr im Stande, die deutsche Nation bis in die untersten Kreise mächtig zu ergreifen, und aus der Ruhe aufzustacheln, als konfessionelle Fragen. Daher sollte von jeder deutschen Regierung mit der größten Sorgfalt darüber gewacht werden, jeden Anstoß zu konfessionellen und kirchlichen Streitigkeiten zu beseitigen, die nur höchst störend auf die nationale Einheit wirken können. Fast alles Unglück, was Deutschland in den letzten drei Jahrhunderten betraf, wurzelte in den konfessionellen Streitigkeiten. Hätten diese sich nicht erhoben, so wären Holland und die Schweiz wohl noch deutsche Lande; die bedeutenden Grenzfestungen Metz, Toul, Verdün, und Straßburg wären nicht in den Händen Frankreichs; die bedauerlichen Spaltungen zwischen deutschen Fürsten und Stämmen selbst hätten nicht stattgefunden, und der furchtbare Krieg von 30 Jahren, welcher Deutschland wie kein anderer verheert und verwüstet hat, wäre nicht geführt worden.

Im Hannoverschen scheint die bekannte Forderung eines Reverses, den die Deputirten zum Landtage unterschreiben sollen, um als „fähig“ anerkannt zu werden, einen Zwiespalt veranlaßt zu haben, welcher die Anhänger des Staats-Grundgesetzes in zwei Parteien zu scheiden droht. Die Streitfrage, um welche es sich dabei handelt, hat einige Ähnlichkeit mit der, über welche sich in Frankreich die Legitimisten stritten, als in Bezug auf ihre politische Farbe die Annehmbarkeit der Formen, die den Eintritt in die Deputirtenkammer bedingen, zur Erörterung kam.

Sowohl für als wider werden Gründe angeführt, welche sich Eingang versprechen; die Frage selbst kann wohl nur an Ort und Stelle mit Erwägung aller Beziehungen entschieden werden. Wir stellen, ohne Partei zu nehmen, hier zwei Korrespondenzen zusammen, welche die verschiedenen Standpunkte beleuchten:

† **Hannover**, 28. Nov. Wir stehen mitten im erbittertesten Wahlkampf, der freilich mit den ungleichsten Waffen von der Welt geführt wird. Daher wird auch der vollständigste Sieg der Regierung auf keine Weise als ein Zeugniß für die Gesinnungen des Landes gelten können. Obendrein ist aber, trotz der so ungleichen Waffen und trotz der unglaublichen Mittel, die angewendet worden, es doch noch zweifelhaft, ob die Regierung bei den Wahlen die Majorität davon tragen wird. Die Majorität in der Kammer wird sie sich dann durch Ausschließungen, Zurückweisungen u. dergl. zu sichern wissen, und namentlich wird sie in dieser Beziehung sich bei der Präsidentenwahl sicher stellen. Von den Mitteln, durch welche einzelne Wahlen gemacht sind, schweigen wir: man wird von Mitleiden und Grauen erfüllt, wenn man sieht, wozu sich die Staats-Dienstboten hergeben müssen. Von den Wahlen ist jetzt ein großer Theil bereits bekannt, obgleich die Hannoversche Zeitung noch dieses Schweigen darüber beobachtet. Die schwächeren und den Einwirkungen am leichtesten ausge-

setzten Korporationen haben zuerst wählen müssen, was sowohl von den städtischen als bäuerlichen Wahlkorporationen gilt. Im Ganzen und Großen sind sich die meisten Korporationen treu geblieben; nur einige haben sich der Einwirkungen nicht erwehren können. So hat die Regierung die Wahl des kalenbergischen Bauernstandes (der 3 Deputirte in einem einzigen Wahlakte zu wählen hat, und dessen Deputirte im Juni d. J. der Majorität, d. h. der Opposition, angehört) ganz gewonnen. Eben so die Wahl des hildesheimischen Bauernstandes (der ebenfalls 3 Deputirte in einem einzigen Termin zu wählen hat, und dessen frühere Deputirte im Juni d. J. der Majorität angehört). Ferner hat die Regierung von den 5 Wahlen des lüneburgischen Bauernstandes eine gewonnen, desgleichen von den 5 Wahlen des ostfriesischen Bauernstandes ebenfalls eine, desgleichen von den 2 Wahlen des pflanzigen hoya-diepholziischen Bauernstandes ebenfalls eine (versteht sich, Dies Alles gegen die Verhältnisse vom Juni d. J. gerechnet). Dagegen hat sie die Wahl des (einen) Deputirten des bentheimischen Bauernstandes, dessen früherer Deputirter, Amtmann Hoogklimmer, im Juni d. J. der Minorität, d. h. der Regierungspartei angehört, verloren. In den übrigen bis jetzt bekannten Wahlen sind die Verhältnisse so ziemlich eben so geblieben, wie im Juni d. J., wenn auch oft andere Namen an die Stelle der früheren Deputirten getreten sind, sowohl bei den Wahlen, welche der Regierung, als bei denen, welche der Opposition gehören. Die größeren Städte, welche bis jetzt gewählt haben, haben fast sämmtlich die früheren oder gleichgesinnte gewählt; eben so der ostfriesische Bauernstand, der osnabrückische Bauernstand, der lüneburgische Bauernstand, und der bremische Bauernstand. Die Stärke der Regierung wird, wie früher, in den Deputirten der kleinen Städte und denjenigen 12 bis 15 Stimmen bestehen, welche zum Theil direkt von der Regierung ernannt werden, wie 3 Mitglieder für den Klosterfonds, 3 Deputirte der Mannslisten, 2 Deputirte der Konsistorien u. s. w. Wie es heißt, rechnet die Regierung darauf, von den 88 Stimmen 50 zu erhalten, wo denn für die Opposition 37 bleiben würden. Wenn nun auch die Regierung noch einige von den 50, worauf sie rechnet, verlieren wird, so wird sie dann von den Oppositionsstimmen so viele abschließen, daß ihr obiges Verhältniß in der Kammer gesichert bleibt. — Es ist wohl wegen des Reverses die Rede davon gewesen, die Opposition solle, wie in den Jahren 1839 und 40, sich der Kammer fern halten. Dabei bringt man aber nicht in Anschlag, daß damals die Korporationen die Wahl zu weigern vermochten, was jetzt nicht angeht; — ferner, daß, da die Ständeversammlung für das einzige Organ des Landes erklärt worden, der Opposition, um ihren Kampf für die Rechte des Landes fortzuführen, nichts Anderes übrig bleibt, als eben die Ständeversammlung, die sie daher nicht, wie die Regierung es durch den Revers u. s. beabsichtigt, den Männern von 1839 und 40 überlassen darf. Der Hauptgrund aber, der Ständeversammlung nicht fern zu bleiben, sondern auch unter den vorzüglichsten Verhältnissen die Opposition darin so stark zu halten, wie nur irgend möglich, ist wohl der, daß innerhalb der 6 Jahre, daß die Vollmachten dieses Landtages dauern, Fälle eintreten können, durch welche die Opposition, wenn auch anfänglich in der Minorität, mit Einem Schlag die Majorität gewinnt. Eine Kammer, wie 1839 und 40, aus der alle Opposition freiwillig fortgeblieben, würde, wenn ein solcher Fall eintritt, nur dazu dienen, alles Ueble zuzudecken und gut zu heißen, während, wie gesagt, eine Kammer mit einer auch numerisch schwachen Opposition sich umwandeln kann, wie wir Dies an der Zweiten Kammer im Jahr 1831 erlebt haben. — Seit einigen Tagen sind die Hamburger Blätter (der Hamburger Korrespondent einmal, die Börsenhalle zweimal, die Hamburger Neue Zeitung einmal) verschiedentlich auf Anordnung des hannoverschen Residenten in Hamburg, Legationsraths Hanbury, von der dortigen hannoverschen Post zurückgehalten worden. Da Dies dem Vernehmen nach deshalb geschehen ist, weil in jenen Blättern sich Nachricht über den angeblischen Protest der Herzoge von Sussex und Cambridge befunden haben soll, so erhält jenes (an und für sich vielleicht unwahrscheinliche) Gerücht durch diese Maßregel im Publikum neuen Glauben.

†† **Von der Oberleine.** Die Wahlen zu der Ständeversammlung sind im vollen Werke. Aller Augenmerk ist auf die künftige Zweite Kammer gerichtet. Die Sachen stehen so, daß

wir weder hoffen, noch fürchten. Was sollen wir hoffen? was sollen wir fürchten? Die Proklamation vom 14. Juli befindet sich in Aller Händen, und was ihr vorausgegangen und gefolgt, weiß Jedermann. So liegen die Umstände, aus welchen Jeder einen Blick in die Zukunft wirft; der Eine sieht den Horizont trübe, der Andere heiter. Ich sehe Nichts, und rufe mir Möjers patriotische Phantasien wieder ins Gedächtniß zurück. Eine Stelle daraus ist hier wohl nicht am unrechten Orte. „Die Politik gränzt so nahe an die Willkür, daß man unmittelbar von der einen zu der andern übergehen kann, und wo Politik und Macht in Einer Hand sind, da ist des Mächtigen Wille natürlicher Weise allezeit die Weisheit und die Gerechtigkeit selbst. Wenigstens ist kein sterblicher Mensch im Stande, die Furcht zu bezeichnen, wo die Willkür sich von der Wahrheit scheidet. Die gefährlichste Wendung aber, welche wir zu befürchten haben, ist nun diese, wenn erlaubt wird, nach dem gewöhnlichen Ausdruck, „mit Hintansetzung unnothiger Formen“ in öffentlichen Dingen zu verfahren. Wenn die Regierungen nur ein Haar breit von dem dünnen Buchstaben der Gesetze abweichen dürfen, so beruht Freiheit und Eigenthum einzig und allein auf der Gnade des Landesherren, so kann er solche Leute zu Dienern und Ständen verschreiben, die in dem Lande, wo sie nach ihrer Weisheit und Willigkeit verfahren sollen, nichts Eigene haben und Keinem genöth sind; die aus der Türkei oder Tartarei zu Hause sind, und es nach unverwerflichen Gründen zeigen können, daß es vernünftiger sey, die Weinkleider, als den Hut unter den Arm zu nehmen.“ — Auf solche Weise hat ein Korrespondent der Leipziger Zeitung in einem Artikel aus Hannover es auch nach Gründen, die er für ganz unverwerflich gibt, gezeigt, daß es vernünftiger sey, dem unumschränkten Willen sich zu unterwerfen, als seiner innern Ueberzeugung nachzuleben. Von solcher Weisheit werden wir aber nicht angezogen, und es ist vergebliche Mühe und Arbeit, müssen wir auch der Gewalt weichen, und zu überzeugen, daß wir uns im Unrecht befinden. Gerade umgekehrt, es erscheint uns als Unvernunft, wider die Vernunft, unsere innere Ueberzeugung, unsern Glauben der Gewalt zum Opfer zu bringen. Wir verbleiben darum heute, was wir gestern waren, und wollen die Dinge erwarten, die da kommen werden. Thatsachen liegen uns noch jetzt nicht vor, aus welchen wir auf die Zukunft schließen dürfen: darum kann ich heute weder facta noch acta berichten.

△ **Wien, 26. Nov.** Die Entdeckung einer Schmugglergesellschaft, deren meiste Mitglieder dem höhern Handelsstande angehören, bildet das Tagesgespräch. Sie stunden mit Paris in sehr lebhaftem Verkehr, und trieben ihr Unwesen schon seit längerer Zeit. Die Betheiligten, gegen welche eine Untersuchung eingeleitet worden ist, haben Kautionen bis zum Belaufe von 15,000 Gulden erlegen müssen. — Von Pestroy ist wieder ein neues Stück aufgeführt worden: „Das Mädel aus der Vorstadt.“ Es ist nicht schlechter und nicht besser, als die übrigen Arbeiten dieses Mannes, und enthält neben manchem Witzigen auch sehr viele anstößige Niedrigkeiten.

**Aus Westphalen, 22. Nov.** Es ist in mehreren Blättern sehr bestimmt versichert worden, daß der Hr. Erzbischoff Clemens August selbst auf eine momentane Rückkehr nach Köln verzichtet habe. Zur Berichtigung diene Nachstehendes. Es ist bekannt, daß dem Prälaten, als er aus der Haft entlassen worden, sein Wort abverlangt wurde, sich nicht ohne Vorwissen des Königs wieder nach Köln begeben zu wollen. Dieses Wortes hat der König ihn jedoch jetzt in einem Schreiben entbunden, worin Er Maj. nur wünscht, daß der Erzbischoff sich nicht eher nach Köln begeben, als bis sein Koadjutor dort eingetroffen sey. Ueber eine Unterhandlung über einen anderweitigen persönlichen Punkt hier schon jetzt zu berichten, dürfte voreilig seyn. (Frank K.)

(Dorfzeitung.) Zu **Rheine** in Westphalen wurde zum Geburtsstage des Königs die neue Emschleuse eröffnet, und dieses Dörpelfest sehr fröhlich begangen. Unter den fröhlichen Bürgern aber war ein 72jähriger Greis, dessen einziger Sohn als Militärsträfling zu 20jährigem Festungsarrest verurtheilt war, sehr betrübten Herzens, doch fasste er sich ein Herz, und übergab dem anwesenden Oberpräsidenten ein Gnadengesuch an den König. Der König, eingedenk seines Wortes: „ich will ein barmherziger Fürst seyn“, hat sofort den Sträfling dergestalt begnadigt, daß er zu Weihnachten seinem alten bekümmerten Vater zurückgegeben wird, nachdem er 2 1/2 Jahr gefangen saß.

**Roburg, 22. Nov.** Heute Nachmittag sind die beiden Schieferdecker-Meister Wegner und Fuhrmann aus Burg, ersterer Vater von 7 und letzterer von 6 Kindern, aus der fast obersten Spitze des nördlichen Kirchturms alhier auf die Erde, etwa 80 bis 90 Fuß hoch, herabgestürzt. Der Wegner ist auf der Stelle todt geblieben, der Fuhrmann aber hat beide Beine und Arme und die meisten Rippen gebrochen, und hat bis heute 7 Uhr bei völliger Besinnung gelebt. Die beiden Verunglückten hatten die hiesig veranschlagte Neubeschlieferung der hiesigen drei Kirchtürme mindestens übernommen, und dazu sehr schlechtes Rüstholz angebracht. Unter diesem befand sich namentlich ein Rüstbalken, höchstens 3 Zoll stark, von trockenem verfaultem Kienholz, der mit Brettern belegt war, und auf welchem beide Meister nebeneinander stunden, um Schiefer anzunageln, als dieser Rüstbalken unter ihren Füßen zerbrach und sie sammt einem Theil des Gerüsts zur Erde brachte. (Magdeb. Zeit.)

**Vom Rhein, 23. Nov.** Der Hamburger Korrespondent enthielt kürzlich einen gar klug geschriebenen Artikel „vom Rhein, im Nov.“, der sich über ein Schreiben aus Berlin vom 3. ärgerlich ausläßt, wegen des — Rübenzuckers, und das kleine Versehen macht, anzuzeigen, daß die Kaufleute in Konstantinopel bei dem türkischen Handelsvertrag befragt worden seyen. Eine solche Notiz erfährt der Rheinländer wohl aus Berlin, wo man auch von der „Rübenzucker-Affaire“ sprechen mag, und, wie es scheint, es nöthiger hat, gegen Rübenzucker-Artikel zu schreiben, als bei uns. Der pseudorheinische Artikel spottet aber die Rheinländer aus, indem er ihnen vorzählt, daß sie 9 Handelskammern besäßen, die oft um Rath gefragt worden, oft Vorstellungen und Petitionen an das Finanzministerium gerichtet hätten, und es daher ganz sonderbar sey, daß man sich über den Mangel an Handelskammern beklage, welche die materiellen Interessen bei der Staatsverwaltung vertreten könnten. Wenn der Nicht-Rheinländer nur auch gesagt hätte, wie wenig z. B. alle Vorstellungen der Fabrikanten und Handelsleute des Niederrheins einzeln und vereinigt für die Baumwollen-Industrie bis jetzt erreicht haben, so könnte man ihm die Nachweisung für die fruchtlose Verwendung anderer Industriezweige schenken, und es vielleicht noch witzig finden, daß er die Weisheit eines Artikels im Kölner Organ zu Hilfe rufe, die darin besteht, den Rübenbauern zu sagen, sie könnten etwas Anderes pflanzen, wenn die Rübenzucker-Fabriken eingehen. Diejenigen, welche den englischen Handelsvertrag beleuchtet haben, mögen sich bei dem Nicht-Rheinländer für das Kompliment bedanken, daß sie „viel Armen um Nichts“ gemacht, und die deutschen Handelsleute mögen die Schlappe hinnehmen, daß man an den französischen Handelskammern sehe, wie engherzig sie an Monopolen festhalten. Was beweist Das für Deutschland, wo ganz andere Verhältnisse stattfinden? Glaubt man noch mit Gemeinplätzen die Leute zu betören? Doch weiter zu dem kostbaren Schluß des Artikels. Da werden wir belehrt, daß „die meisten von denen, welche jetzt so viel über Sperr-Maßregeln des Zollvereins schreiben, contra Holland oder England (weniger contra Frankreich und Belgien) weder Staatsmänner noch Kaufleute, sondern von einer angeblich deutschen Tendenz influenzirte Leute sind, welche aus verschiedenen Motiven dieselben Lehrsätze eingepreßt erhalten und wiederholen.“ Vortrefflich! Nur scheint in der Absassung des Satzes ein Verstoß zu liegen, und es soll wahrscheinlich heißen: „daß manche Finanzleute, welche so viel über die Schutz-Maßregeln des Zollvereins pro Holland oder England schreiben (nach Umständen auch pro Frankreich und Belgien) leider weder Staatsmänner noch Kaufleute seyen, sondern von einer wahrlich nicht deutschen Tendenz influenzirte Leute, welche aus verschiedenen Motiven die Lehrsätze ihres Kompendiums eingepreßt erhalten, und zum Ueberdruß und Schaden wiederholen.“ (Fr. K.)

**Dresden, 27. Nov.** In der Preussischen Staatszeitung ist dem hier sich aufhaltenden Grafen Javary ein Einfluß auf einen Punkt unserer Gesetzgebung zugeschrieben, welcher einer Berichtigung bedarf. Sein Erscheinen habe, sagt der Referent jener Zeitung, die sächsische Gesetzgebung berührt, indem es das Anzureichende einer erst in diesem Jahre erschienenen Verordnung über magnetische Kurzen herausgestellt und die Veranlassung zu einem auf höchsten Antrag (?) vom Prof. Dr. Choulant ausgearbeiteten Gesetzentwurf über diesen Gegenstand gegeben habe. Allein die Sache verhält sich gerade umgekehrt. Die Unbilden, welche seit einigen Jahren von angeblichen Sonnambülen und deren Magneti-

seits verübt wurden, veranlaßten die Regierung, eine gesetzliche Schranke für derartige Einschüngen zu setzen. Der Hofrath Dr. Choulant erhielt den Auftrag, zur Ausarbeitung eines diesfälligen Gesetzentwurfs, und diesen lieferte er in der in obgedachter Schrift abgedruckten Form. Indessen erschien die Verordnung, die Anwendung des Lebendmagnetismus betreffend, vom 4. August d. J., wobei die Regierung von dem Grundsatz ausging, die Gesetzgebung dürfe wissenschaftliche Fragen nicht entscheiden, sondern müsse selbe vielmehr nur insoweit kontrolliren, als sie dem Staatsorganismus selbst zu nahe zu treten drohen. Nach Erscheinen dieser Verordnung publicirte nun Dr. Choulant seinen Entwurf mit den Motiven, um zu zeigen, daß er der Regierung einen vielleicht noch durchbringendern Entwurf geliefert habe. Daß hiernach jene Bemerkung in der Preussischen Staatszeitung eine arge Unrichtigkeit enthält, ergibt sich von selbst.

(L. A. B.)

### Frankeich.

Alphonse Karr schreibt im Novemberheft seiner Wespenn: „Ein Wort über die Arbeiter und ihr Glend. Das Journal des Debats hat ein Gegenmittel gefunden: sie sollen in die Sparkasse einlegen. Dieser Gedankenblitz erinnert an die Aeußerung, die man, wohl ohne Grund, von Marie Antoinette erzählte: „Wenn es an Brod fehlt, so kann man ja Kuchen essen.“ Die Behörden haben übrigens oft solche glückliche Gedankenblitze. Zur Zeit der Cholera ließ der Polizeipräsident eine „Nachricht“ an das Volk anschlagen. In dieser Nachricht rief er dem Volke, schlechte Nahrungsmittel zu vermeiden und — Bordeauxwein zu trinken. Die Volksblätter sind nicht glücklicher: sie finden kein Gegenmittel gegen den Hunger, als die Wahlreform und ein wenig Gemeute. Letzteres Mittel hilft allerdings radikal: die armen Teufel, die sich bei den Gemeuten tödten lassen, drückt kein Schuß mehr, und Die, welche ins Gefängniß kommen, werden auf Staatskosten ernährt. Uebrigens beschäftigt man sich mit einer Reorganisation des Arbeiterwesens durch Einführung der Schiedsmänner (prud'hommes); das wäre einmal eine lobenswerthe Maßregel.“

△ **Paris**, 26. Nov. Das Geschworenengericht von Angers sieht kein Verbrechen in dem mündlichen Vortrage einer revolutionären Rede an eine mehr oder weniger öffentliche Versammlung, aber es erklärt den Druck dieser Rede für strafbar. In dieser Unterscheidung wollen die Einen etwas Unlogisches, die Andern gar etwas Unmoralisches erkennen, und im Grunde ist Niemand recht zufrieden mit dem Aussprache der Jury der Maine und Loire. In der That läßt derselbe auch, vom Standpunkte einer Partei aufgefaßt, Etwas zu wünschen übrig. Der Regierungspartei kann es nicht lieb seyn, die unbeschränkte Redefreiheit der Kammerkandidaten von ihren Wählern durch jenen Ausdruck wenigstens indirekt anerkannt zu sehen; der Opposition dagegen wird es schwer, sich mit dieser Anerkennung für den schließlichen Verlust des unter ihrem Gesamtschutz geführten Prozesses zu trösten. Indessen auch ein ausgebildeter Rechtsinn kann sich durch ein Urtheil verletzt fühlen, welches sich mehr den zufälligen Umständen, als den gesetzlichen Normen anzuschmiegen scheint, welches nicht recht wagt, was es doch augenscheinlich will, welches den Grund fahren läßt, um nach einem Vorwande zu haschen. Diese ganze Sache ist übrigens von Anfang bis zu Ende ein Gewebe von Mißgriffen und Ungehörigkeiten, welches keiner der dabei betheiligten Parteien große Ehre macht. Hr. Ledru Rollin hält an die Wähler von Mans eine durch Schwulst und Uebertreibung lächerliche, und also völlig ungehörliche Rede; die Justiz, wenn nicht im Auftrage, doch mit Bewilligung der Regierung, erweist dieser Rede die unverdiente Ehre der Verfolgung, und provoziert die Opposition, sich einer Manifestation anzunehmen, deren sie sich anfangs schämte; Hr. Ledru Rollin, der früher eine so stolze und hochfahrende Sprache geführt, macht sich im Angesicht seiner Richter so klein, so klein, daß man fast Mitleiden mit ihm haben möchte; seine drei oder vier Advokaten, Parteihäupter ersten Ranges, sprechen, ohne eigentlich Etwas zu sagen, und kompromittiren sich, indem sie eine ungebührliche Zufriedenheit mit ihren eigenen Verdiensten zur Schau tragen; das Tribunal gibt einen Ausspruch, der von dem „justo-milieu“ in Person diktiert zu seyn scheint; die Kommentare der Zeitungen über dieses Urtheil endlich gehören fast ohne Ausnahme zu den armseligsten

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Giehe.

Majonnements, welche die hiesige Presse je zu Tage gefördert. So bemüht sich das heutige Journal des Debats, darzutun, daß die Jury von Angers nicht allein die Rede des Hrn. Ledru Rollin, sondern auch die von seinen verschiedenen Vertheidigern entwickelten Grundsätze, ja die ganzen politischen Systeme, deren Repräsentanten die Hrn. Arago, Wilson-Barrot, und Berryer sind, verurtheilt habe. Kann man mit größerer Ungeheuerlichkeit Del in jenes traurige Stämmchen gießen, welches nur die größte Armseligkeit beleuchtet, und das zur Freude und zum Vortheil aller Welt im Begriffe war, in sich selbst zu verlöschen!

### Türkei.

○ **Konstantinopel**, 10. Nov. Zuverlässige Nachrichten aus Beyrut vom 1. dieses Monats bringen Einzelheiten über den blutigen Kampf zwischen den Drusen und Maroniten im Libanon. Seitdem die Türken wieder im Lande sind, können die Gebirgs-völker thun und treiben, was sie wollen; die Reibungen unter ihnen nahmen kein Ende, und die gegenseitige Erbitterung stieg endlich bis zum höchsten Grade. Im vorigen Monat machten die Emire der Drusen ihrem Fürsten den Vorschlag, die Aeltesten der christlichen Stämme zu einer Versammlung nach Der-el-Kamar, wo der Emir Bekfir wohnt, einzuladen, damit dort gemeinschaftliche Maßregeln in Betreff des von der Bforte auferlegten Tributs verabredet würden, in der That aber, um sich dort ihrer zu bemächtigen, oder sie ganz aus dem Wege zu schaffen. Die Schems der Christen ahnten die verrätherische Absicht der Drusen, und kamen nicht zur Versammlung. Während, daß dieser Anschlag mißlungen war, rotteten sich etwa 3000 Drusen unter Anführung des Emirs Abu Naka zusammen, fielen über die wehrlosen Maroniten her, und richteten unter denselben ein gräßliches Blutbad an. Nun griffen auch die Christen zu den Waffen, machten Einfälle in das Gebiet der Drusen, vergalteten Gleiches mit Gleichem, und das ganze Gebirge gerieth in Aufruhr. Das Gemetzel will kein Ende nehmen, täglich werden Dörfer verbrannt, und die Wuth der Maroniten, welche beim Abgang der letzten Briefe die Oberhand gewonnen zu haben schienen, kennt keine Grenzen. Ihr Patriarch erließ eine Proklamation, in welcher er befiehlt, daß alle christlichen Kirchen geschlossen bleiben sollen, so lange der Kampf dauert; jeder Christ soll bei Strafe des Bannes zu den Waffen greifen, und gegen die Feinde des Glaubens kämpfen. Seitdem sind die Maroniten überall siegreich; einer ihrer Anführer, der Emir Abu Samra, hat sich im Bezirke Schelfun durch ungläubliche Tapferkeit ausgezeichnet. Die Maroniten behaupten zuverlässig, die Intriguen der Engländer seyen an allem Unheil schuld. Dagegen hat Oberst Rose, der Kommandant der vor Beyrut liegenden Schiffsstation, und der englische Konsul, ein Rundschreiben erlassen, worin sie diese Beschuldigung für grundlos erklären. Selim Pascha und der Statthalter von St. Johann von Akkon haben seit dem Anbeginn der Behde Nichts gethan, um denselben ein Ende zu machen, und sich lediglich darauf beschränkt, Abgesandte in den Libanon zu schicken, und die Parteien zur Versöhnung aufzufordern. Daß bei der herrschenden Wärrung eine solche Aufforderung durchaus unbeachtet blieb, braucht nicht erst gesagt zu werden. Von hier aus soll nun in den nächsten Tagen ein kaiserlicher Berman an die Gebirgsbewohner abgehen, auf den übrigens wohl wenig Rücksicht genommen werden wird. Die Bforte ist rath- und kraftlos. Man fürchtet, daß auch in Damaskus die fanatischen Osmanen über die Christen in jener Stadt herfallen, und unter denselben ein Blutbad anrichten könnten.

### Baden.

○ **Karlsruhe**, 1. Dez. Sr. Hoh. der Prinz Friedrich, welcher seit etwa vierzehn Tagen an den Mäsem krank liegt, befindet sich nunmehr entschieden auf dem Wege der Besserung. Bei Sr. Hoh. dem Erb-Großherzog, den die Krankheit um etwas später heimgesucht hat, ist der Verlauf noch weniger weit gediehen; doch sind, nach dem heutigen Wälletin, das Fieber und die übrigen Zufälle gemäßig.

Großh. Hoftheater in Karlsruhe.

Donnerstag, den 2. Dezember: Der Barbier von Sevilla, komische Oper in 2 Aufzügen, von Rossini. Hr. Oberhofer, Sigaro, zum Debut.

Drucker und Verleger: A. Kuntzel.